NGEN

## Stadtwerke tun sich beim Neustart schwer

Böblingen Die Zahlen für das Jahr 2013 sollen dem Gemeinderat erst im Herbst vorgelegt werden. Rund 70 Bürger haben sich bisher wegen der Preissteigerung bei der Fernwärme beschwert. Die Heizkosten erhöhen sich bisweilen um 50 Prozent und mehr. Von Günter Scheinpflug

en Stadtwerken Böblingen flattern immer mehr Beschwerdebriefe und Protest-Mails ins Haus. In der vergangenen Woche war noch von etwa einem Dutzend Kunden die Rede, die sich gegen die Anhebung der Grundgebühr bei der Fernwärme um durchschnittlich 21,1 Prozent - das sind 173 Euro im Jahr - wehrten. Nun liegen dem Vernehmen nach rund 70 Schreiben vor. "Das sind nicht viele", meint der SPD-Stadtrat Jochen Reisch, "das liegt auch an der Urlaubszeit." Außerdem sei die Erhöhung wohl ein Schnellschuss. Wie viele andere wünscht sich auch er - selbst Bezieher von Fernwärme - mehr Informationen von den Stadtwerken, weshalb die Gebührenerhöhung für nötig erachtet wird. Dort ist zu erfahren, dass nicht genügend Geld für die nötige Sanierung der alten Leitungen vorhanden sei. "Wir haben keine Rücklagen", sagt Jan Kohlmeyer, der Leiter Unternehmensentwicklung bei den Stadtwerken. Deshalb sei man auf höhere Gebühren angewiesen.

Reisch war nach eigenem Bekunden "geplättet", als er jüngst über die Anhebung der Grundgebühr von 10,83 Euro auf 34,39 Euro pro Kilowatt informiert wurde. Für ihn bedeute das bei seiner Fernwärmeabrechnung inklusive der Verbrauchskosten ein Anstieg von 55 Prozent. "Die Kunden können sich kaum dagegen wehren, weil sie auf die Wärmelieferung angewiesen sind. Zumal der Herbst und der Winter vor der Tür stehen", sagt Eckhard Benner von der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg. Viele könnten gar nicht auf eine andere Energiequelle umsteigen, auch wenn sie selbst viel Geld in eine neue Heizung investierten. So ist es etwa auch bei der Familie Reisch. Eine Gasleitung in der Straße gibt es nicht, an die sie sich anschließen lassen könnte. "Ich habe mir überlegt, mit Pellets zu heizen", sagt Jochen Reisch, "doch kommt das wegen der Anschaffungskosten viel zu teuer." Außerdem müsse er einen Raum haben, um die Pellets zu lagern.

Der CDU-Landtagsabgeordnete Paul Nemeth prangerte kürzlich an: "Das sind

## **GRUNDPREIS 44 JAHRE STABIL**

Heizkosten Die Gebühr für den Bezug von Fernwärme in den 8500 Böblinger Haushalten ergibt sich aus dem Grundpreis und dem Verbrauchspreis. Letzterer wurde im Jahr 2011 um 8,2 Prozent und zuletzt im Jahr 2012 um 9,1 Prozent auf 85,78 Euro pro Megawattstunde angehoben. Der Grundpreis wurde zuletzt im Jahr 1971 erhöht - vor 44 Jahren.

Stadtwerke Der Gemeinderat hat im Februar 2012 beschlossen, den Eigenbetrieb Stadtwerke aufzugeben und den Energiekonzern EnBW ins Boot zu holen. Mitte 2013 ging der Eigenbetrieb in die Stadtwerke GmbH über. An ihr ist die Stadt mit 59 Prozent beteiligt, die EnBW mit 41 Prozent. Die Aufgabenfelder sind der Betrieb städtischer Bäder und Tiefgaragen, die Fernwärme-, Strom- und Wasserversorgung sowie der Unterhalt von Industriegleisen, an die Daimler angeschlossen ist. gig



Die umweltfreundliche Fernwärme wird im Böblinger Restmüllheizkraftwerk gewonnen.

Foto: factum/Weise

Verhältnisse fast wie in der DDR." Die Verbraucherzentrale empfiehlt deshalb, sich an die Landeskartellbehörde zu wenden. "Das haben wir schon getan", sagt Peter Aue von der Interessengemeinschaft Fernwärme Böblingen (IGFW-BB). "Wir haben die Auskunft erhalten, dass an der Preisanhebung nichts auszusetzen sei", berichtet Aue. Mit der Begründung, das Böblinger Gebührenniveau sei nicht auffallend hoch.

Die Interessengemeinschaft pocht derweil darauf, mehr über den Investitionsstau bei der Sanierung der Leitungen und generell über die finanzielle Situation bei den Stadtwerken zu erfahren. Der erste Wirtschaftsplan seit der Neugründung im Jahr 2013 soll nun im Herbst dem Gemeinderat vorgelegt werden, der Plan für 2014 erst im kommenden Jahr. "Wir haben erst eine Bestandsaufnahme machen und die Zahlen erheben müssen. Das war schwierig und zeitaufwendig", sagt Kohlmeyer.

Im Jahr 2013 schlage ein Verlust von einer Million Euro zu Buche. Für voriges Jahr wird mit einem ähnlich hohen Defizit gerechnet. "Die Höhe der Abschreibungen für die alten Leitungen deckt nicht unsere permanent notwendigen Investitionen für die Sanierung", heißt es bei den Stadtwerken. "Als wir den früheren Eigenbetrieb übernommen haben, war kein Geld da", sagt Kohlmeyer, man habe die Kunden von Gebührenerhöhungen ziemlich verschont. Kommentar

## Mehr Transparenz

Energiewirtschaft Der Verbraucher hat ein Recht darauf, Näheres über die Gründe für die enorme Anhebung der Fernwärmegebühr zu erfahren. Von Günter Scheinpflug

ie neuen Stadtwerke treten ein schweres Erbe an. In der Vergangenheit wurde wohl zu wenig in das veraltete Leitungsnetz für Fernwärme investiert - nun steht man offenbar vor einem horrenden Sanierungsstau. Und das Geld reicht

vorne und hinten nicht aus, weil der frühere Eigenbetrieb der Stadt über Jahrzehnte hinweg nicht gut genug gewirtschaftet und wohl auch zu wenig Gebühren kassiert hat. Verantwortlich sind neben dem einstigen Geschäftsführer auch der frühere Gemeinderat, der die Geschäftsberichte genehmigt hat, und von 1986 an letztlich der ehemalige Stadtchef Alexander Vogelgsang.

Es hätte ein Spargroschen zur Seite gelegt werden müssen für die Investitionen, die nun anstehen. Von 50 Millionen Euro ist bei den Stadtwerken die Rede, die in den nächsten zehn bis 20 Jahren für das marode Leitungssystem gebraucht würden.



Doch die im Jahr 2013 gegründeten Stadtwerke haben nicht genügend Geld auf dem Konto. Mit dieser Information haben die Stadtwerke viel zu lange hinter dem Berg gehalten. Die Verbraucher wurden darüber nicht rechtzeitig aufgeklärt. Sie fordern des-

halb zu Recht eine genaue Kostenkalkulation und die Wirtschaftspläne der beiden zurückliegenden Jahre. Erst daraus wird zu entnehmen sein, wie viel die Stadtwerke für Personal ausgeben, mit welchen Summen die anderen Aufgabenbereiche zu Buche schlagen und wo gespart werden kann.

Die Stadtwerke müssen von mündigen Bürgern ausgehen, die bei "ihren Stadtwerken" mitreden wollen. Mehr Transparenz und eine bessere Kommunikation ist unumgänglich, wenn die happig ausfallende Grundpreiserhöhung akzeptiert werden soll. In zwei Schritten wäre sie sicher besser verkraftbar gewesen.